

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 18, Holbeinstr. 48

Druckerei 21366 Postfachkonto Leipzig Nr. 1472

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Ausgabe A mit Austr. Beilage vierteljährlich 2.88 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.30 M. - Ausgabe B vierteljährlich 2.58 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. - Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. - Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungszeile 40 J. im Restanteil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. - Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das Zustandekommen des Schulkompromisses

Nach den aus Weimar vorliegenden Meldungen kann kaum ein Zweifel darüber mehr bestehen, daß das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gesichert ist. Es beruht auf der Anerkennung der gegenseitigen Freiheit, wie wir sie hier immer gefordert haben. Damit ist aber für das christliche Volk...

die konfessionelle Schule gesichert.

Ueber die Einzelheiten des Kompromisses wird uns aus Weimar folgendes gemeldet:

Im Artikel 143 Abs. 3 heißt es jetzt: Ob die Schule innerhalb der Gemeinden für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein soll, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetriebe zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Art. 143 Abs. 3 lautet jetzt folgendermaßen: Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch das Reich, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Der Art. 141 soll jetzt heißen: Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterliegen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrplänen und Einrichtungen, sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückfallen und im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Abstuftung des Schulgeldes auch minderbemittelten Volksschichten zugänglich gemacht werden.

Ein weiterer Absatz heißt: Privatschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Art. 143 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht.

Art. 145, Abs. 1 lautet in der ursprünglichen Fassung: In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutscher volkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkervereinigung zu erstreben. Hier soll hinter dem Worte „Tüchtigkeit“ das Wort „Arbeitsfreudigkeit“ eingefügt werden.

In Artikel 146, Abs. 1, hieß es bisher: „Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schule.“ Hier wird hinzugefügt: „Mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schule.“

Abatz 2 lautete bisher: „Die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer überlassen. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuche des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.“ Dieser Absatz lautet jetzt: „Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Berrichtungen bleiben der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen.“

Abatz 3 hieß bis jetzt: „Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben erhalten.“ Diese Auffassung wird eingeschränkt, und zwar in folgender Art: „Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

Für uns in Sachsen ist besonders der Absatz von Wichtigkeit, der die Zulassung von Privatschulen bestimmt, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß selbst in solchen Gemeinden, in denen keine öffentliche konfessionelle Schule besteht, konfessionelle Privatschulen errichtet werden können. Die öffentlichen konfessionellen Schulen haben natürlich bestehen zu bleiben - auch in Sachsen. Damit werden sich auch die Herren Arzt und Genossen abfinden müssen - falls es nicht ihren freisinnigen oder sonstigen Freunden in der Nationalversammlung noch gelingen sollte, die Sache zu Fall zu bringen. Sonderbarerweise nimmt auch der „Dresdner Anzeiger“ gegen das Kompromiß in der ihm eigenen Art Stellung. Allerdings nach der Rede des Abg. Kaiser in der Volkskammer ist es besser zu sagen: Nicht sonderbarerweise, sondern daß zu erwarten, daß...

haltung der christlichen Schule durchgeführt hat, scheint er darüber sehr betrübt zu sein. Es hat so auch einige Verwunderung erregt, daß der Abg. Dr. Heinze aus „Juristischen“ Gründen eifrig bestrebt war, das Zustandekommen dieses Verfassungsabzates zu vereiteln. Vor Tische las mans anders! Immerhin, der „Dresdner Anzeiger“ ist ein gelehriger Schüler und wandelt nun ohne Erörtern auf den Spuren Dr. Kaisers und Genossen. Er erklärt, die Zentrumspolitik sei die voraussetzungsloseste Wissenschaft der Gegenwart und ihre Führer seien Meister des diplomatischen Stiles und Spieles. Das soll natürlich Spott sein. Der „Anzeiger“ kann sich seine Satire ruhig sparen; sie wirkt nicht mehr. Hier sprechen die nackten Tatsachen: Das Zentrum hat etwas erreicht, und die rechtsstehenden Parteien haben nicht nur nichts erreicht, sondern haben durch ihre blinde Opposition das Zustandekommen des Verfassungsabzates noch sehr erschwert.

Als bei den Wahlen vom 19. Januar in Sachsen die rechtsstehenden Parteien den Anschluß ans Zentrum suchten und sogar nichts feindlicher wünschten, als daß ihnen das Zentrum ohne eigene Kandidatenaufstellung seine gesamten Stimmen zuführen möge, haben wir uns mit einer Listenverbindung einverstanden erklärt in der Voraussetzung, daß die Gewählten in kulturellen Fragen, vor allem aber in der Schulfrage nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch sich einsetzen würden. Tatsächlich haben die rechtsstehenden Parteien nur durch diese Listenverbindung vermocht, einen Kandidaten mehr durchzubringen, als ihnen aus eigener Kraft möglich gewesen wäre. Die Erwartungen, die man nach der damaligen Stellungnahme auf die Herren setzen konnte, haben sie bis jetzt nicht erfüllt. Die Angriffe aus der gegnerischen Presse verlangen, daß hier einmal Faktur gesprochen wird. Um so mehr verdienen unsere Freunde vom Zentrum Anerkennung, daß sie mit solcher Energie gerade die schwierigen sächsischen Verhältnisse im Auge behalten haben und das Banner der kulturellen Freiheit hochhalten. hst.

Die Volksabstimmung in Böhmen

Aus Prag wird uns geschrieben:

Das imperialistisch nationalisistische Regime, das Rafferty und Kramarz in der neuen tschechoslowakischen Republik anrichteten, hat seine erste große Niederlage erlitten. Die Gemeindevahlen, die im gesamten, durch die Bestimmungen des Vertragsentwurfes von St. Germain vorläufig territorial festgelegten Staatsgebiet stattgefunden haben, brachten im tschechischen Sprachbereich den überwältigenden Sieg der Sozialisten, einen Sieg der die ganze politische Konstellation der Prager Regierung umstößt und hier zu den weitestgehenden Konsequenzen führen muß. Im geschlossenen deutschen Sprachbereich aber, in Deutschböhmen, im deutschen Sudetenland und im deutschen Südmähren, ergaben die Wahlen den klaren und unzweifelhaften Beweis für das unbedingte, reine Deutschböhmen in diesem Gebiet und für die Unrichtigkeit der tschechischen Propaganda, die auch hier immer von einer gemischtpragmatischen Bevölkerung zu erzählen wußte, und darauf in Paris ihre gefällige Argumentation aufbaute. Die Tschechen selbst haben diese Volksabstimmung durchgeführt, unter ihrer Kontrolle hat sie stattgefunden und sie werden heute ihr Ergebnis auch anerkennen müssen.

Was in den Monaten seit dem Zusammenbruche geschehen konnte, um die geringen tschechischen Minderheiten in den rein deutschen Gebieten zu säkern, ist von der Prager Regierung und von dem großen Tschechisierungverein getan worden. Tschechische Beamte, Lehrer usw. wurden nach Deutschböhmen versetzt, Tausende von deutschen Arbeitern ausgewiesen und durch tschechische Arbeiter ersetzt, die tschechischen Besatzungstruppen in den deutschen Städten erhielten das Recht, an den Wahlen teilzunehmen, und wo es nur irgendwie möglich war, wurde mit rücksichtsloser Brutalität und Gewalt länger als ein halbes Jahr für dieses Plebiszit agitiert, - und das Ergebnis in Deutschböhmen ist national gar nicht in Betracht kommende Minderheit wohnen. Selbst in den Industriebezirken, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre ein Einstellen tschechischer Arbeiter in die Fabriken zum Teil notwendig machten, sind die erreichten tschechischen Wahlenlücken lächerlich gering. In der Industriestadt Reichenberg zum Beispiel, wo die Tschechen immer über eine starke Minderheit zu verfügen behaupteten, wurden 37 deutsche und 5 tschechische Vertreter in den Gemeinderat entsendet. Im ganzen Bezirk Freiland wurden insgesamt nur drei Tschechen gewählt, in den Gemeinden des Bezirkes Deutsch-Abel kein einziger. In der Stadt...

in Teplitz-Schönbach, das in dem großen Stahlindustriegebiet liegt, 33 Deutsche, 3 Juden und 4 Tschechen, in der Stadt Aussig 33 Deutsche und 7 Tschechen, dagegen im Bezirk Aussig kein Tscheche, in dem wegen seines deutschen Kriegsgerichtes viel aufgetriebenen Trautenau 21 Deutsche und 2 Tschechen usw. In Prag in das Wahlergebnis besonders bezeichnend. Die Tschechen haben Prag immer als sozugen halbtchechische Stadt proklamiert, und als sie bei der Besetzung Deutschböhmens die Gemeindevertretung der Stadt auflösten, ernannten sie in den neuen Verwaltungskörper mehr als die Hälfte tschechische Vertreter. Bei den Wahlen wurden nun 31 Deutsche und nur 6 tschechische Vertreter in den Gemeinderat berufen. Karlsbad, das die Tschechen als ihren Weltkurort in Anspruch nehmen und das mit allen Umgebungsorten zusammen nur einen einzigen tschechischen Gemeinderat erhalten.

Aber nicht nur im geschlossenen deutschen Sprachbereich sondern auch an der Sprachgrenze, wo die Deutschen in den letzten Jahren hart bedrängt wurden, haben die Deutschen eine volle Niederlage erlitten. In Prag zum Beispiel, einem völkerrührerischen Ort, den die Tschechen seit langem für sich allein reklamiert haben, sind zweidrittel der Wähler Deutsche und nur ein Drittel auf die Tschechen entfallen. Dabei können sich die Tschechen keineswegs auf berufen, daß die deutschen Städte in Böhmen, etwa wie Warburg, Eßlitz und Bekau in Südmähren, zum wenigsten in einer sonst überwiegenden tschechischen Umgebung bilden, denn gerade in Böhmen und Mähren hat sich in geschlossenen deutschen Sprachgebieten das tschechische Element erhalten als die Städte, wo sonst die Wirkung von industriellen Arbeitern auf das tschechische Element gewisser tschechischer Elemente herbeigeführt wurde. Nirgends so wie in Deutschböhmen und in Teplitz-Schönbach und Mähren hält der deutsche Völkler keine Nation fest, er ist auch darauf bedacht, auch sein Gemeinwesen rein zu erhalten. So haben auch die Wahlen gezeigt, daß die Deutschgemeinden völlig deutsch sind. Die amtliche tschechische Wahlstatistik berechnet, daß genau ein Drittel aller abgegebenen Stimmen den Deutschen und zweidrittel den Tschechen zugefallen sind. Dabei wäre aber zu berücksichtigen, daß die Prager Regierung in einer Anzahl deutscher Städte, die ihr aus diesem oder jenem Grunde die Vornahme von Gemeindevahlen noch nicht genehmigt gearbeitet hätten, die Wahl im letzten Moment abgelehnt hat, sonst hätte sich das Stimmenverhältnis wesentlich zugunsten der Deutschen verhalten.

Aber auch diese Ziffern sprechen wohl eine genügend deutliche Sprache. Ein Drittel des tschechoslowakischen Staates ist deutsch, und dieses Deutschtum ist nicht etwa in hundert kleine Zersplitter zerbrochen, sondern wohnt seit Jahrhunderten in einem geschlossenen völlig einheitlichen Siedlungsgebiet. Eine lautere Auflage gegen den tschechischen Imperialismus, als das Ergebnis dieser von den Tschechen selbst veranstalteten und so weit als möglich beeinflussten Volksabstimmung ist wohl nicht mehr denkbar. Wenn die Friedenskonferenz sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, geschnitten für alles, was dem Rechte zum Zungen dienen kann, laube Ehren zu haben, dann muß es diese Volksabstimmung zur Kenntnis nehmen und muß auch ihre Entscheidung danach treffen, Deutschböhmen und das deutsche Sudetenland sind rein deutsche, geschlossene Siedlungsgebiete, die deutsch bleiben wollen.

Die Zukunft unserer Wirtschaft

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Entente hat bekanntlich die Aufhebung der Blockade und die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln von der schnellen Ratifizierung des Friedensvertrages abhängig gemacht. In den besetzten rheinischen Gebieten sind ungeheure Mengen Waren aller Art angehäuft, um sie alsbald nach Öffnung der Grenzen über den Rhein in das Innere Deutschlands zu schaffen. Die Absicht der Entente ist, den deutschen Markt mit diesen Gegenständen zu überfluten und dadurch die eigene Fabrikation in unserem Lande unmöglich zu machen. Namentlich Amerika hat einen reichen Ueberfluß an billigen Produkten, die nach, bevor England und Frankreich in der Lage sein werden, mit Deutschland in Handelsbeziehungen zu treten, in das unbesetzte Gebiet geschafft werden sollen. Wir haben gewiß ein großes Interesse daran, möglichst bald in den Besitz der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel zu gelangen, aber keineswegs können und dürfen wir machen, daß durch Lieferung von Fertigfabrikaten unsere eigene Industrie zur Arbeitslosigkeit verurteilt wird. Die Regierungsbekanntmachung über amtsbildlich mit den W...

Welt unter Volkswirtschaft zu erhalten. Wir alle unterstehen der Bedrückung unseres Volkes zu gewissen Produkten. An vielen Gegenständen herrscht geradezu ein erschreckender Mangel. Man denke nur an die Erzeugnisse der Lederindustrie. Schuhe sind fast kaum noch auf dem deutschen Markt zu haben. Wir müssen uns daher geteilt lassen, daß in der nächsten Zeit große Mengen dieser Art eingeführt werden. Daneben muß natürlich vor allen Dingen Sorge getragen werden, daß Leder in solchem Umfange herbeigeschafft wird, daß die Schuhfabriken im eigenen Lande wieder arbeiten können. Es ist daher die Absicht der jetzigen Regierung, die Einfuhr nur für solche fertigen Gegenstände freizugeben, als es die Deckung des notwendigen Bedarfs erfordert. Darüber hinaus soll nur die Einfuhr von Rohstoffen gestattet sein. Wir können diese Absicht der Regierung nur begrüßen, da sonst unsere Industrie niemals wieder in die Lage versetzt werden könnte, den notwendigen Bedarf des Volkes selber zu schaffen. Der freie Handel mit Gegenständen aller Art wird also nach Aufhebung der Zölle noch keineswegs ermöglicht. Eine andere Regelung ist natürlich für die Einfuhr von Lebens- und Genussmitteln vorgesehen. Es liegt im Interesse unseres Volkes, daß gerade hierzu der Staat möglichst Freiheit im Handel zulassen will. Auch zur Befriedigung der Bedürfnisse der minderbemittelten Bevölkerung soll alles getan werden, um die rasche Verbeisichtigung der Bedarfsgegenstände zu ermöglichen. Dagegen bleiben Luxusgegenstände aller Art vorläufig noch von jeder Einfuhr ausgeschlossen.

Das von dem Reichswirtschaftsminister Wiesel ausgearbeitete Problem einer Spannwirtschaft dürfte nun endgültig

das Wirtschaftliche Problem am den Widerstand der Reichsregierung gestochen. Wenn trotzdem der freie Handel nicht völlig ermöglicht wird, so geschieht das aus zwei Gründen: die deutsche Industrie soll möglichst bald wieder arbeiten können, andererseits soll verhindert werden, daß ausländische Gegenstände in solchem Umfange auf den Markt gebracht werden, daß sie unseren eigenen Produkten den Rang ablaufen. Wirtschaftsminister Bauer wird in seiner Programmrede am Mittwoch in der Nationalversammlung den Standpunkt der Regierung zu dieser Frage besonders klarlegen.

Die Steuerfragen

Weimar, 14. Juli. Zu der gestrigen Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerste zulässige Maß durch das Reich ausgeschöpft werden müssen. Dieser Entschliessung haben sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht verschlossen. Vorschläge zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, bei der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgeben wird. Das Interesse des Reiches an dem steuerlichen Einkommen wird mit 75 Prozent zu bemessen sein, ist also so groß, daß das Reich auch unbedingt einen Einfluß auf die Erhebung haben muß. Die Finanzämter müssen daher unbedingt auf das Reich übergehen. Die bisherigen Subventionen der Einzelstaaten werden natürlich durch entsprechende Zuschüsse ersetzt. Es wurde aber zum Schluß der Besprechung kein Widerspruch von Seiten der Einzelstaaten dagegen laut. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan. Der Reichs-

einkommensteuerentwurf wird dem Parlament erst im Oktober zugehen. Doch ist beabsichtigt, die Reichsabgabebestimmung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Karlsruhe, 11. Juli. Am 12. d. Mts. hat in Heidelberg eine Besprechung der Regierungen von Württemberg, Hessen und Baden über die neuesten Pläne des Reichsministeriums betr. Festlegung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben stattgefunden. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung die Steuerhoheit der Einzelstaaten vollständig aufheben und das sogenannte Totationsrecht an ihre Stelle setzen, wurden einhellig abgelehnt. Man war darin einig, dem Reich weit entgegenzukommen, jedoch nur in den Grenzen eines vollständigen Einnahmestrafrechtes und einer finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten. Eine dahingehende Entscheidung mit Einzelvorschlägen darüber, wie die verschiedenen Staaten sich den Ausbau des Steuerrechts und die Steuerverwaltung im einzelnen denken, wurde einstimmig angenommen.

Die Nationalversammlung

Weimar, 14. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Amt als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterstaatssekretär geworden ist. Die Wahlprüfungen werden fortgesetzt. Die Wahl im dritten Wahlkreise Berlin-Stadt, wo die Parteien waren die Wahltitel der Liste Scheidemoun-

unter anderem auch Herr von Lunde den Bund ansprechen, zur Ernte nach Hause zu fahren. Ich stelle daher dringend anheim, nur die wirklich notwendigen Reden zu halten und sich im übrigen mehr an die Abstimmungen zu halten. (Voch. Zustimmung.)

Das Gesetz über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird nach kurzer Besprechung dem Haushaltsausschusse überwiesen. Es folgt die Interpellation Muer und Gen. (Soz.): Was gedenkt die Regierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärrentenempfänger schneller abzuhelfen? Abg. Mayer-Sachsen (Soz.) begründet die Interpellation. Arbeitsminister Schlieke: Für den Augenblick sind weder die Versicherungsträger noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereitzustellen. Ich habe daher die fürsorgebedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden, die zum Teil auf diesem Gebiete verfaßt haben, hinzuweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich, womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf einzubringen, der Bedürfnissen einer erhöhten Fürsorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt. Major v. Werder legt namens der Heeresverwaltung eingehend dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen gesorgt worden sei. Die gründliche Reform des Militärversorgungswesens sei in Arbeit und werde mit aller Beschleunigung durchgeführt. Bei Besprechung der Interpellation bemerkt Abg. Gießing (Zentr.): Die Heeresverwaltung ist die arbeitsbedürftigsten und Hinterbliebenen darf nicht zum Mittel der Parteinagitation werden, nie zum Junkapitel unter den Parteien werden. Abg. Erkelenz (Dem.): Eine Entschädigung der Kriegsgefangenen, ebenso wie die Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der

früheren Kriege sind wünschenswert. Abg. Behrens (Deutschnat.): Die Entschädigungsfrage muß ein Befehlnis der Nationalversammlung für ausreichende angemessene Verbesserung der Arbeitsbedürftigen werden.

Die Geschäftslage in Weimar

Weimar, 11. Juli. Der Ausschuss der Nationalversammlung hat heute neuerdings über die Geschäftslage und über die Geldscheitteilung beraten. Nach der gestrigen Vereinbarung soll morgen vormittag die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes bei den Grundrechten fortgesetzt werden. Es ist beabsichtigt, die zweite Lesung zu beenden, bevor der Ministerpräsident das Programm der neuen Regierung entwickelt. Man hofft, für diesen Plan die Zustimmung der Regierung zu erhalten. Die endgültige Entscheidung darüber wird erst morgen mittag fallen bei einer Zusammenkunft der Parteiführer mit den Regierungsvorstretern. Sollte die Regierung darauf bestehen bleiben, ihr Programm unbedingt am Donnerstag zu entwickeln, so wird verhandelt werden, durch Vor- und Nachmittagsitzung die Verfassungsvorlage in zweiter Lesung bis dahin zu verabschieden.

Tagesmeldungen

Die Entente gegen Ungarn

Haag, 14. Juli. Holländisch Neuwisbureau meldet aus Paris: Der Rat der fünf hat die Frage eines militärischen Angriffes gegen Bela Kun unter einem einheitlich alliierten Befehl erörtert. General Blich und die amerikanische Delegation sind diesem Plane abhold. Sie erklären,

ges Anzuehen der Alliierten gegen Ungarn.

Wien, 14. Juli. Aus Bukarest wird gemeldet: Das Regierungsgeschäft „L'Independance Roumaine“ teilt mit: General Franchet d'Esperey riefte an den Oberkommandierenden der tschechoslowakischen Truppen, General Bellé, ein Telegramm, in dem dieser angewiesen wird, seine weiteren Verhandlungen mit der ungarischen Räterepublik zu führen und keine ihrer Noten zu beantworten. Wie ferner verlautet, hat General Franchet von der Friedenskonferenz, die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjet-Ungarn erhalten. Er wird an die Dienststelle Räteregierung eine letzte Meldung richten mit der Aufforderung, sofort abzuhelfen und einer vom Volke frei gewählten Regierung Platz zu machen. Diese Note wird kurz befristet sein. Sollte ihr nicht entsprochen werden, so wird die militärische Aktion sofort aufgenommen werden.

Nach einer amtlichen Verlautbarung des französischen Armeekorpskommandos für Ungarn befinden sich gegenwärtig an der ungarischen Front 70 000 Rumänen, 36 000 französische Kolonialtruppen, 30 000 Tschechoslowaken, 12 000 Jugoslawen und 20 000 Ungarn (Truppen der Szegediner Regierung Karolys). Es werden noch weitere Entente-Truppen, voraussichtlich Italiener, nach Ungarn abgeandt werden.

Paris, 14. Juli. Reuter. Die alliierten und assoziierten Regierungen lassen Bela Kun mitteilen, daß sie die Beschlagnahme aller Obligationen und anderer Wertpapiere, die sich im Besitze ihrer Staatsangehörigen befinden, als schweren Diebstahl ansehen und alle Konfiskationsmaßnahmen der kommunistischen Regierung als unzulässig und nichtig betrachten würden.

Aus der Türkei

Konstantinopel, 13. Juli. (Havas.) Das Kriegsgericht verurteilte Talaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in contumaciam zum Tode, und

Uli der Wächter

Von Jeremias Gottschell

(5. Fortsetzung.)

Uli war guten Mutes geworden. Er zag die Kellertüre zu mit lachendem Gesichte und lustig pfeifend ging er den Ställen zu. Er dachte, ein solch Weibchen sei doch komisch und rar, fleißig und lustig, immer mehr gemacht als man gedacht, und immer gute Worte und ein hell Gesicht, daß man auch ein solches machen müsse, man möge wollen oder nicht.

„Was hat er gesagt?“ frag droben die Base. „Augen hat er gemacht wie Fliegenräder und weiß noch jetzt nicht, ist's mit rechten Dingen zugegangen oder nicht. Aber Gott-Loh zufrieden ist er und das ist die Hauptsache,“ antwortete Breneli.

Es steht einem Bauernhause nichts Schlechter an, als wenn abends, wenn Feierabend gemacht ist, oder Sonntag mittags, oder an einer Sichelten die Leute stundenlang herumlungern müssen, ehe sie zum Essen gerufen werden. Es gibt Häuser, in welchen dieses Verpfänden regelmäßig ist. Die Weiber in diesen Häusern müssen eine wahre Hausplage sein; es nimmt einem recht Wunder, was die für eine Einrichtung in ihrem Kopfe haben und was sie auch denken? Was während dieser Zeit in den Magen und Köpfen der hungrig Harrenden vorgeht, und zwar nicht langsam, daran zu denken haben sie nicht Zeit, begreiflich. Eigentlich wäre es interessant zu untersuchen, ob solche Weiber wirklich denken? Wir glauben, sie bringen es höchstens nur zu einem Quasi-Denken und auch dieses nur ein- oder zweimal des Jahres, etwa wenn sie den Schneider ins Haus kriegen oder den Schmeinen Ringe durch die Nase zu stoßen sind.

In der Glunggen ging es aber nicht so; in Kopf und Weinen hatte Breneli andere Einrichtungen. Kaum hatten

Ruf kommt nicht vom Himmel her, noch ruft er in den Himmel; aber am Wohlstand desselben mag der arme Sterbliche abnehmen, wie herrlich und süß einmal der Ruf dorthin klingen wird. Diesmal zögerten die Leute nicht so unerträglich, wie es sonst der Fall ist; es war etwas, welches sie schneller in Bewegung setzte. Sie hatten alle ein gutes Wort für Breneli; es war allen lieb; ein solcher Verstand bei einer so Jungen sei selten, hieß es. Uli schien ihnen dagegen wohl streng und allzuhebe den Meister zu machen. Sie meinten: Einer, der selbst Arbeit gewiesen sei, sollte Verstand haben und begreifen, daß man sich nicht gerne zu Tode arbeite, d. h. nichts danach frage, in einem Tage zu schaffen, woran man süßlich zwei Tage trödeln könne. Es nahm sie nun aber doch sehr Wunder und darüber war die ganze Ernte durch gesprochen worden, wie Breneli aufwarten und aufstellen werde; ob gehörig, daß man dabei sein könne oder ob Speise und Trank apothekermäßig ihnen zugeteilt werden würden?

Als so rasch gerufen wurde, dachten sie: von zweien ist eins: entweder geht es verdammt mager zu oder verdammt brav hat Breneli sich gestellt; denn fast die ganze Last lag ihm alleine ob. Die Neugierde, welches von den Zweien der Fall sei, machte ihnen so rasche Beine. Sie kamen fast in die Stube wie Kinder ins Zimmer, wo zu Weihnachten ihnen bekehrt wird, bemerkten aber nichts Besonderes; es schien alles akkurat wie ehedem, so daß es ihnen ganz traulich und heimelig ward ums Herz und einer zum anderen sagte: „Er hätte geglaubt, das andere; das Schlemche könne man behalten. Es sei aber nichts als billig, daß es einmal umgekehrt gehe. Das Beste und Schönste, was zu sehen war, war Breneli, welches mit Freundlichkeit und Sicherheit alles ordnete, für jeden ein gutes Wort hatte, jeden mit dem Sauche der Heiterkeit verführte, welches ein wunderbares Ding ist, aber die allerbeste Würze, ohne welche das reichste Mahl nichts ist, als eine schäbliche, gefährliche Mahlzeit.“ Uli war es, als eine Antwort; es war das erste Mal, daß er so gleichsam prädisierte und als Gottgebet eine Ge-

ellschaft bewirtete und mit selbstgeigenen Speisen; wer es gewohnt ist, tut es mit einem eigenen Wehagen und einem gewissen Selbstgefühl, welches wir nicht Stolz nennen möchten. Uli tat noch links; das Wehagen kam erst später; aber er zeigte Geschick dazu; die Leute waren mit ihm zufrieden. Sie freuten sich auch der alten Frau, welche mit einer großen Schüssel Fleisch erschien und dann zu ihnen sich setzte. Besonders erquickte ihr Anblick die alten Tagelöhner, welche seit Jahren auf dem Hofe gearbeitet und in gefunden und frankten Tagen ihre milde Sand erfahren hatten. Da war keiner, der ihr sein Glas nicht brachte, wollte, daß sie ihm Bescheid tue. Wenn sie jedem seinen Willen hätte tun wollen, so wäre sie nicht bloß zwei Jentner schwer geblieben, sondern so schwer geworden, daß wenigstens zweimal 24 Stunden lang ihre Beine sie nicht mehr hätten tragen können. Da kam in die Herrlichkeit hinein die Bottschaft, die Base sollte heimkommen, Zoggele lasse es sagen. Diese Bottschaft machte ungefähr den Eindruck, wie wenn in eine prächtig dampfende Fleischsuppe, nach welcher alle Köpfe sich austrecken, plötzlich eine Kröte plumpsen würde. Nach Zoggele war schon mehrere Male gesandt worden; aber Zoggele liebte es, Pfeffer in die Milch zu rühren; hinterdrein hätte er ihn wohl wieder herausgefischt, aber dies ist nicht allemal mehr möglich. Als die Base aufstehen wollte, kam Breneli und sagte: „Mit, mit, Base, was denkst Ihr doch! Ich will hinüber zum Beter und ihm die Rücken ausklopfen. Was gibt's, in wenig Minuten bin ich mit ihm da.“

„Bist immer die gleiche Gese,“ sagte die Base und lachte herzlich, und ein alter Tagelöhner sagte: „Frau, nichts für ungut, aber dem Alten wäre zu gönnen gewesen. Ihr wartet vor ein paar Jahren gestorben, und er hätte die Breneli geheiratet. Wohl, die hätte ihn tangen lassen; bis er gelernt hätte noch Gott fahren, und es ihm verleidet wäre, andere Leute zu plagen und ihnen die Freude zu verderben.“ Es war wirklich sonderbar, wie Zoggele Breneli so wenig lieben mochte, und doch durch niemand so regiert werden konnte, wie durch Breneli.

Russa Asim Effendi ehemaligen Zeitschrift... den früheren Finanzminister David Pei zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit.

Nach der Aufhebung der Blockade

Rotterdam, 14. Juli. In holländischen Häfen lagen bis Sonnabend früh 27 neutrale Dampfer zur Weiterfahrt in deutsche Häfen bereit.

Die holländische Ausfuhrzollverwaltung teilt mit, daß sie die Ausfuhrgenehmigung gibt für verschiedene Arten Nahrungsmittel, wie alle Sorten Bohnen und Erbsen.

Der erste Holländer in Hamburg

Hamburg, 14. Juli. Der holländische Dampfer "Para" ist am Montag mit einer Ladung Südgut im Hamburger Hafen eingetroffen als erster Holländer, der nach Aufhebung der Blockade ohne Kontroлле Hamburg angelaufen hat.

Die Schweiz und der Völkerverbund

Berlin, 15. Juli. Der Chef der Schweizerischen Abordnung in Paris erklärte verschiedenen Blättern zufolge, daß die Schweiz, wenn die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund nicht erfolge, auf ihre Mitgliedschaft verzichtet.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen

Bern, 14. Juli. Wie aus Berner Kreisen gemeldet wird, beträgt am 20. Juli der erste deutsche Kriegsgefangenentransport im Jahre 1919 1000 Mann.

Erzberger

Weimar, 14. Juli. Die "Deutsche Tageszeitung" von heute bringt ein Pariser Telegramm der "Neuen Züricher Zeitung", das eine angebliche Entspannung der Entente gegenüber Deutschland mitteilt.

Veränderung der Grenzen Oldenburgs

Oldenburg, 14. Juli. Das Staatsministerium hat den Staatsminister a. D. Scheer, Bevollmächtigten beim Staatenschiedsgericht, dazu ermächtigt, mit anderen Staaten über Veränderung der Grenzen Oldenburgs zu verhandeln.

Schmidt Wiffels Nachfolger

Weimar, 14. Juli. Mit der Zeitung des Reichswirtschaftsministeriums ist der Reichsernährungsminister Robert Schmidt betraut worden, der jedoch sein bisheriges Ressort behält.

Wiedereröffnung der Arbeit in Berlin

Berlin, 14. Juli. In der heute abend stattgefundenen Sitzung des Reichsrats wurde die Wiedereröffnung der Arbeit in Berlin beschlossen.

...den zur funktionellen Schule zu ziehen. Am 14. Juli wurde die Zentrumswahl in Sachsen getroffen...

Am Ausbruch an den Vortag entspann sich eine Ausdrucks- und der Redner gab über verschiedene Fragen Auskunft.

Nachrichten aus Sachsen

Sächsischer Katholikentag

Vielleicht kommt die Nummer der "Sächsischen Volkszeitung" noch einigen Mitgliedern des Dresdner Ortsausschusses für den Sächsischen Katholikentag vor dessen heutiger Gesamtsitzung in die Hände.

...ammentritt der lat. katechetischen Vereinigungen. Zu Gelegenheit muß ausgenutzt werden, die sich dadurch ergibt, daß an diesem Tage viele Katholiken aus ganz Sachsen in Dresden zusammenströmen werden.

Volkskammerarbeiten

Unter dieser Überschrift schreiben die "Leipziger Neuesten Nachrichten" u. a.: "Es verheißt sich von selbst, daß die politische, wirtschaftliche und finanzielle Erneuerung eine kulturelle voraussetzt."

Gedächtnisfeier

Bautzen, 13. Juli. Im stimmungsvollen mit Blümpchen geschmückten Saal veranstaltete Freitag den 11. Juli das kath. Seminar zu Bautzen eine Gedächtnisfeier für die gefallenen ehemaligen Schüler der Anstalt.

...grübe. Der Betrieb in Larnowitz ist wieder aufgenommen. Der Eisenbahnerstreik ist beendet.

Schmal zum Tode verurteilt

Berlin, 15. Juli. Laut Berl. Lokalan. wurde der 19 Jahre alte Bergmann Joseph Rier aus Brombaur bei Dortmund, der am 12. April die sechsöpfige Familie des Wartenkontrollieurs Bestmann in Negebe durch Bellschläge ermordet hatte, gestern vom außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Der Doppelmörder

Köln, 14. Juli. Der mit Hochverrat verurteilte Gelegenheitsarbeiter Koen versuchte am Freitag abend seine bei ihrer Schwester sich aufhaltende Frau zu erschließen. Am Sonnabend erschöß er in Köln-Milheim seine Schwester in Gegenwart seiner Geliebten, der etwa 35 Jahre alten Dienstmagd Anna Schneider.

Der Simplon überflogen

Aus Genf wird gemeldet: Der Flieger Padoaoli hat als erster in einem Wasserflugzeug die Alpen überflogen, indem er die Strecke Sesto-Calende-Genf via Simplon in einer Stunde 50 Minuten zurücklegte.

Kirche und Unterricht

k. Fuldaer Bischofskonferenz. Der Beginn der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz ist auf den 19. August festgesetzt.

k. Schwerer Unfall des Fürstbischofs von Prag. Aus Wien wird gemeldet: Der Kraftwagen des Fürstbischofs von Prag, Kardinal Erbenka, ist in ungarischer Provinz in einen Unfall verwickelt worden.

Parteinachrichten

Schirgiswalde. Zentrumsanhänger - Männer und Frauen - erscheinen vollzählig zur großen Zentrumsversammlung morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, in der "Weintraube".

S. Chemnitz. Am Freitag, den 11. Juli, fand im Börsensaal in der St. die eine stark besuchte, überaus ergebnisreiche Zentrumsversammlung statt.

Auf der anderen Seite aber tragen auch die Alldeutschen ihren Anteil an dem schmachvollen Ausgang des Krieges, da sie jede Friedensbewegung durchkreuzten.

Auf der anderen Seite aber tragen auch die Alldeutschen ihren Anteil an dem schmachvollen Ausgang des Krieges, da sie jede Friedensbewegung durchkreuzten.

Auf der anderen Seite aber tragen auch die Alldeutschen ihren Anteil an dem schmachvollen Ausgang des Krieges, da sie jede Friedensbewegung durchkreuzten.

Auf der anderen Seite aber tragen auch die Alldeutschen ihren Anteil an dem schmachvollen Ausgang des Krieges, da sie jede Friedensbewegung durchkreuzten.

Auf der anderen Seite aber tragen auch die Alldeutschen ihren Anteil an dem schmachvollen Ausgang des Krieges, da sie jede Friedensbewegung durchkreuzten.

...eine Wolf-Rote Hargelegte Sachlage, daß die Friedensklauseln eine derartige Vermengung zweier vollständig verschiedener Materien nicht zulasse, veranlaßt den "Matin" zu einer offensichtlich von der französischen Regierung inspirierten Erklärung.

Madensien

Wien, 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen Deutschen dort mit Generalfeldmarschall v. Radensien in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

Autonomierechte an die preussischen Provinzen

Das Wolffsche Bureau meldet: Die preussische Verwaltung ist stets von dem Gedanken ausgegangen, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen.

Geizentwurf über die Einräumung erweiterter Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände.

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen: 1) über die Regelung solcher Fragen der Schulverwaltung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen ein besonderes Interesse haben;

§ 2. Die Provinzialstatuten (§ 1) unterliegen der Befreiung durch die Staatsregierung.

§ 3. Die Befreiung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz ist der Provinzialausübung zu hören.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Aus der Ostmark

Berlin, 15. Juli. Dem Berl. Lokalan. wird aus Thorn berichtet, daß auf eine an sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in der Ostmark ergangene Anfrage, ob sie das abzutretende Gebiet verlassen oder in polnische Dienste eintreten wollen oder Beidenheit wünschen, weit über 75 Prozent der Beamten, von den höheren Beamten sogar fast 100 Prozent, um Veretzung in andere preussische Gebiete gebeten und die Übernahme in polnische Dienste abgelehnt haben.

Befreiungsgesetz in Pommern

Berlin, 15. Juli. Der Berl. Lokalan. meldet, daß im Zusammenhange mit dem drohenden Landarbeiterstreik über große Teile Pommerns der Befreiungsgesetz verhängt wird.

terem Schülergelehrten aber nicht bloß zum hohen Bedacht...

Und der von Herrn Professor Dr. Förster vorgeschlagen...

Unmittelbar davon schloß sich die Feier der Entlassung...

Flamen, 14. Juli. In Wrambach ist der bisherige...

Aus Dresden

Die römisch-katholische Kircheneinkommensteuer...

Ueberrückung des Streiks im Gastwirtsgerwerbe...

Wochenrechnungen und 10 Prozent bei Pensionsrechnungen...

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Katholischer Pfrverein für Sachsen. Der Herr Kassierer...

Dresden. Kath. Bürgerverein. Der ausgedehnte...

Dresden-Zschannstadt. Die Sitzungen der Vincentius...

Colonie i B. Am Sonntag, den 13. Juli, fand wegen...

Unde September in Dresden stattfindenden Katholikentages...

Eingefandt

Wie bloß Mühsal trägt die Redaktion nur die vorbegehrliche...

Nun wie liegt die letzte Nummer (26) der Thüringer Volkswacht...

Weshalb erhält es sich mit dem Familienlandsangelegen aller...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Peter...

Zentrum - Christliche Volkspartei Ortsgruppe Leipzig, Bezirk Ost...

Abonnements auf sämtliche Zeitschriften: Felix Schnalke...

Jünglinge vom 16. Lebensjahre an, welche sich im Lebensstande...

3-4 Zimmerwohnung zum 1. Oktober in Dresden oder einem Vororte...

Dresdener Lehranstalt für Musik Direktor: Organist Paul Walde...

Die Drogerhandlung Hermann Koch Dresden, Altmärker...

Hühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen...

K. K. V. Columbus, Dresden Versammlung am 17. Juli 1919...

Kath. Bürgerverein Dresden. Mittwoch, 16. Juli abends 8 Uhr...

Gut empfohlenes Mädchen, das gut lochen und nähen kann...

Der hochw. Sr. Bischof z. Schultampff Appell an die kath. Eltern...

Die Erlasse Sr. Bischöflichen Gnaden sind als Sonderabdruck...

aus Nr. 135 der Sächsischen Volkszeitung vom 16. Juni 1919...

Bestellungen nimmt entgegen Saxonica-Buchdruckerei G.m.b.H. Dresden-A., Holbeinstr. 46

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Vortragskizzen...

Kunststoffererei u. Weberei Dresden-A. Marschallstr. 29...

Strümpfe Lager in Strumpfwaren, Trikotagen...

Stadt-Café am Zwinger und Postplatz Inhaber: O. Hofmann